

Reinhold Hedtke

Wirtschaft gestalten lernen: Partizipatorisches Potenzial oder pädagogisches Placebo?

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der und in der Wirtschaft ist problematisch, auch politisch haben sie wenig zu sagen. Wie eng Wirtschaft und Politik miteinander verflochten sind und wie sehr Wirtschaft auf Politik und Gesellschaft angewiesen ist, zeigt der Beitrag an Beispielen unter anderem aus der Automobilindustrie und der Verkehrspolitik. Doch ein Separatfach Wirtschaft trennt Wirtschaft von Gesellschaft und Politik. Was kann die sozialwissenschaftliche Bildung dem entgegensetzen? Was sichert einen fachgerechten integrativen Unterricht und die Professionalität der Lehrkräfte? Wie können sie Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, ihre eigenen Interessen zu formulieren, zu vertreten und durchzusetzen?

1. Einleitung: Leere Versprechungen?

Schülerinnen und Schüler regieren nicht, sie treffen keine politischen, unternehmerischen oder administrativen Entscheidungen. Ihre Gestaltungsmacht liegt im Bereich von sehr begrenzt bis nicht existent.

Schon Parlamenten, Regierungen, Behörden, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen fällt Wirtschaft gestalten meistens eher schwer. Sie haben Möglichkeiten, Mittel und Macht, aber diese sind selbstverständlich begrenzt.

Denn etablierte wirtschaftliche Institutionen und Praktiken, die über Generationen hinweg verfestigten Verteilungsverhältnisse von Privat- und Produktivvermögen, die prinzipiell überlegene Machtposition derjenigen, die über die Verwendung von Kapital verfügen, sowie die historisch einmaligen Möglichkeiten für Kapitaleigentümerinnen, sich politischer Einflussnahme mit geringem Aufwand zu entziehen, schwächen derzeit die politische Gestaltungsmacht.

Aber oft sind politische Entscheidungsträgerinnen auch gefangen in mentalen Modellen, Marktideologien, wirtschaftspolitischen Glaubenssätzen und interessenpolitischen Verstrickungen. Mit manchen Modellen hindern sie sich selbst daran, die gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Ein Beispiel sind die Freiheitsnarrative der motorisierten Mobilität, die vor allem die Freiheit der Autofahrenden zu Lasten der anderen Verkehrsteilnehmer meinen und alternative Verkehrspolitiken als undenkbar und unrealistisch erscheinen lassen.

An mentalen Modellen kann sozialwissenschaftliche Bildung ansetzen. Sie muss aber den Umweg über das sozialwissenschaftli-

che Wissen und Können sowie das politische Wollen der jungen Generation nehmen. Ihre Wirkungen in Form von Gestaltung oder von Forderungen nach Gestaltung treten also nur zeitverzögert, indirekt und unzuverlässig ein.

Wie könnten Kinder und Jugendliche jetzt schon Einfluss nehmen?

Sie können mit anderen über Wirtschaft kommunizieren und versuchen, sie von politischen Alternativen zu überzeugen, also Meinungsbildung betreiben. Sie können sich an Politikerinnen, Managerinnen, Behördenleiterinnen oder Verbandsfunktionärinnen wenden und politische Maßnahmen verlangen. Sie können in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen mitarbeiten, also kollektiv agieren.

Sie können Öffentlichkeitsarbeit in der Presse oder in den so genannten sozialen Medien betreiben oder ihre Aktionen auf die Straße tragen. Damit können sie sogar internationale Aufmerksamkeit erzeugen, wie die Fridays-for-Future-Bewegung zeigt. Sie können sich vornehmen, demnächst die eine Partei zu wählen oder die andere auf keinen Fall.

Aber sie haben keinerlei politische Entscheidungsmacht, mit der sie Wirtschaft gestalten können. Auch wenn sie bei ihrer individuell-isolierten Kaufentscheidung auf Nachhaltigkeit, Umwelt, Arbeitsbedingungen oder Tierwohl achten, verschwindet dies spurlos im Ozean der Milliarden Konsumaktivitäten, die sich Tag für Tag ereignen. Auf

* Dieser Text ist eine leicht überarbeitete und ergänzte Fassung der gleichnamigen Keynote zum DVPB-Landesforum am 30.10.2018 in Bochum, er behält bewusst die sprachliche Form eines Vortrags bei.

die überwiegend kinder- und jugendfeindliche Verkehrspolitik haben sie schon gar keinen Einfluss, sie können nicht einmal durch Verzicht auf Autokauf oder Bevorzugung von weniger menschen- und naturschädigenden Autotypen Nachfrage entziehen oder umschichten.

Die wirtschaftlich-politische Gestaltungsmacht von Kindern und Jugendlichen ist also sehr gering. Das ergibt sich auch aus den Grundgedanken und dem institutionellen Design der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und dem Wahlrecht. Deshalb ist Gestaltungsorientierung nicht nur mit Blick auf Wirtschaft ein gefährliches fachdidaktisches Versprechen. Es kann sich leicht als leer entpuppen und die Partizipationsbereitschaft von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen oder beenden.

Der bessere Ansatz scheint mir deshalb zu sein, auf sozialwissenschaftliche Mittel zurückzugreifen, um Kindern und Jugendlichen zunächst die Grundzüge der gegenwärtigen Gestalt der Wirtschaft als das Ergebnis von politischer Gestaltung in der Vergangenheit und als den Gegenstand politischer Umgestaltung in Gegenwart und Zukunft zu erschließen.

Dazu behandle ich im Folgenden vier weitere Fragen: Was heißt Partizipation? (2.) Was heißt Wirtschaft gestalten? (3.) Was folgt für die sozialwissenschaftliche Bildung? (4.) Stören lernen? Ein Ausblick? (5.)

2. Was heißt Partizipation?

Die Palette der Definitionen von Partizipation ist bunt. Ich habe mich damit an anderer Stelle auseinandergesetzt. Texte dazu sind über meine Homepage zugänglich, hier beschränke ich mich auf wenige Stichpunkte (Hedtke 2016a, 2016b).

Den Begriff Partizipation verwende ich mit einer starken Bedeutung. Partizipation heißt, dass es um das Teilen von Macht und Entscheidung über Regeln und Ressourcen und dass es um Fragen geht, die die Beteiligten *selbst* als wichtig oder als substantiell betrachten. Je weniger diese Kriterien erfüllt sind, desto mehr handelt sich um Placebo-Partizipation.

Die Sozialwissenschaften bieten eine Pluralität von Partizipationstheorien und Partizipationskonzepten, es herrscht wissenschaftliche Kontroversität. So ist etwa umstritten, welche Bereiche die Partizipation betreffen soll: nur Politik, Politik und Gesellschaft oder auch die Wirtschaft?

Die unterschiedlichen Demokratiemodelle definieren Ziele und Formen von Partizipation unterschiedlich, sie verlangen unterschiedliche Kompetenzen. Sie legen auch eine jeweils andere Wertebasis zugrunde (vgl. Sack 2013, S. 17-29). Daraus folgen unterschiedliche Strategien und Formen von Partizipationspolitik (vgl. Salomon / Studt 2014, S. 174-178). Aber auch unterschiedliche Vorstellungen von guter Bürgerschaft, also Bürgerschaftsnormen, führen zu unterschiedlichen Typen von Partizipation.

Man muss aber noch weiter differenzieren und fragen:

Kommen Partizipationspolitik und Partizipationsbildung „von oben“? Verlangen oder erwarten also der Staat und seine Einrichtungen mehr Partizipation von den Bürgerinnen? Oder handelt es sich etwa um Partizipationsaktivitäten „von

unten“? Fordern also Bürgerinnen Mitbestimmungsrechte oder setzen sie sie gar durch? Dieser Ansatz steht bei unserem Thema im Mittelpunkt. Oder geht es drittens um Partizipationsbewegungen „von außen“, die von *Nicht*-Bürgerinnen ausgehen und getragen werden? Partizipation von außen ist im Kontext von Migration hoch relevant.

Schließlich fordert man Partizipation aus ganz unterschiedlichen politischen Motiven. Die einen hoffen auf ein reibungsloseres Funktionieren der etablierten Institutionen (Zimenkova 2013). Dazu passen Affirmation und Anpassungslernen. Andere erwarten aus advokatorischer Sicht, dass Bevölkerungsgruppen, die bisher wenig Gehör finden, nun ihre Interessen besser vertreten können. Wieder andere sehen mehr politische Partizipation als Mittel gegen soziale, politische oder wirtschaftliche Ungleichheit.

Mir geht es hier vor allem um Partizipation als egalitäre oder advokatorische Beteiligung an der *politischen* Gestaltung der Wirtschaft. Was aber heißt Wirtschaft gestalten?

3. Was heißt Wirtschaft gestalten?

Wirtschaft gestalten heißt erstens Politik machen. Wirtschaft gestalten bedeutet zweitens Gesellschaft gestalten; darauf gehe ich gleich genauer ein. Wirtschaft gestalten lernen heißt dann Politik machen lernen. Das setzt voraus zu wissen, wie Wirtschaft und Politik funktionieren, was sie antreibt, worauf sie basieren, was sie bewirken und wie man wirksam auf sie einwirkt. Das erläutere ich im Folgenden, indem ich einige beispielhafte Befunde der Sozialwissenschaften zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik skizziere.

Jede Wirtschaft ist eine politische Ökonomie.

Das betrifft zum einen ihre allgemeine institutionelle Rahmenordnung. Sie manifestiert sich etwa in Grundrechten von Unternehmerinnen oder Beschäftigten wie Gewerbe- oder Koalitionsfreiheit oder in Grundrechtspflichten wie Schutz des Privateigentums in Kombination mit der Gemeinwohlverpflichtung.

Zu den Basisinstitutionen gehört das System der Industriellen Beziehungen (einführend Müller-Jentsch 2017). Es besteht aus den politisch gestalteten Bedingungen des Arbeitsmarktes, aus Institutionen wie Mitbestimmung und aus Organen wie Aufsichtsrat und Betriebsrat. Es umfasst Kollektivverhandlungen über Arbeitsbedingungen und Arbeitsentgelt. Zu ihm gehören auch die Einrichtungen und die Leistungen des Wohlfahrtsstaates.

Am System der Industriellen Beziehungen sieht man: Politik wird auch innerhalb der Wirtschaft und von den wirtschaftlichen Akteuren selbst gemacht. Die Akteure verhandeln, vereinbaren Produktstandards und oder verbindliche Vermarktungsregeln, sie errichten dauerhafte Institutionen, gründen soziale Netzwerke usw. Branchenabkommen und Betriebsvereinbarungen sind nur zwei von zahlreichen Beispielen dafür. Nicht selten kommt es dabei zu Interessenkoalitionen zwischen Kapitaleigentümern und Beschäftigten einer Branche, die gegenüber der Politik konzertiert agieren. Ein Musterbeispiel dafür ist die deutsche Automobilindustrie.

Machtverhältnisse

Zum anderen ist jede Wirtschaft deshalb eine politische Ökonomie, weil die institutionelle Rahmenordnung die politisch-ökonomischen Machtverhältnisse und die sozio-ökonomischen Positionen der Interessengruppen verkörpert. Die institutionalisierten Rechte und Pflichten der Akteure spiegeln insbesondere die Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital (Müller-Jentsch 2017, S. 20 f.). Sie verkörpern aber auch die politische und kommunikative Macht von Wirtschaftszweigen, man denke an die multiple Privilegierung der Automobilindustrie oder der Landwirtschaft.

Institutionen offenbaren ebenso die Machtverhältnisse zwischen Politik und Wirtschaft. Die Fälle Google, Facebook und Amazon illustrieren die eklatante Schwäche von Steuerpolitik, Steuerrecht und Steuerfahndung gegenüber global mobilen Kapitaleigentümern.

Diese Schwäche manifestiert sich auch in der eher unbehelligten Existenz einer Finanzindustrie, die unablässig neue Gelegenheiten zu Steuervermeidung und Steuerbetrug erfindet, diese an Unternehmen und wohlhabende Privatpersonen verkauft und damit Staaten und Gesellschaften schamlos ausbeutet (Platt 2015). Diesem asozialen und kriminellen Treiben einer mächtigen Branche, die auch Geldwäsche aller Art besorgt, wird politisch und juristisch kaum oder nur ungenügend Einhalt geboten.

Solche Phänomene deuten einerseits auf eine relative Ohnmacht der nationalen und europäischen Politik gegenüber dem international agierenden Kapital. Diese Ohnmacht resultiert aber andererseits auch aus der Selbstentmachtung der Politik (Mahnkopf 1998, S. 66-71). Sie gerät erst nach der Finanzkrise stärker in die Kritik.

Aus marktfundamentalistischen Überzeugungen heraus haben Regierungen und internationale Organisationen vor der Finanzkrise die Kapitalmärkte und den Kapitalverkehr liberalisiert und Kontrollen drastisch reduziert (z.B. Chwieroth 2010, S. 23-104). Sie haben auf die angeblich überlegene Selbstregulierung der Finanzmärkte vertraut und deren Deregulierung durchgesetzt.

Der volkswirtschaftliche und finanzwissenschaftliche Mainstream sowie neoliberale Denkfabriken haben sie dazu angestiftet. Beide waren dabei so erfolgreich, dass sie selbst die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie bekehren konnten („Marktsozialdemokratie“, Ötsch et al. 2018, S. 234-241). Der Glaube an den effizienten Markt und der damit legitimierte Rückzug des Staates kommen auch in schwachen Auflagen, laschen Kontrollen und einer gewissen Kumpanei zwischen Behörden und Unternehmen zum Ausdruck. Der langjährige, weitgehend unbehelligte Betrug der Autoindustrie bei Abgastechnik und Umweltdaten der Fahrzeuge und das Nichthandeln, Beschwichtigen und Verschleppen von Seiten des Verkehrsministeriums und des Kraftfahrtbundesamts sind Beispiele dafür – und für erfolgreichen Lobbyismus.

Man darf die politische Wirkung der Volkswirtschaftslehre also keinesfalls unterschätzen (z.B. Hirschman / Berman 2014). Sie verbreitet Narrative, die den politischen Einfluss

auf die Märkte kategorisch ablehnen – und zugleich den Einfluss von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden auf die Politik ignorieren. Schülerinnen müssen dieses Denken kennenlernen, damit sie sich dazu positionieren können.

Marktfundamentalismus

Deshalb einige kurze Stichpunkte zum Marktfundamentalismus. Die Linzer Ökonomen Ötsch, Pühringer und Hirte haben ihn genauer untersucht (zum Folgenden Ötsch et al. 2018, S. 14). Der bis heute einflussreiche Marktfundamentalismus entstand im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Die zentrale organisierte Akteurin ist die Mont Pelerin Society, sie baute ein national und international weit verzweigtes Netzwerk in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auf. Bekannte Marktfundamentalisten in der Volkswirtschaftslehre sind Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman, aber im Grundsatz gehören auch deutsche Ordoliberaler wie Walter Eucken oder Wilhelm Röpke dazu (Ötsch et al. 2018, S. 56 u. S. 70).

Marktfundamentalistisches Denken dominiert die volkswirtschaftlichen Einführungslehrbücher bis heute und beeinflusst so das Denken von Generationen von Studierenden (Graupe / Steffestun 2018). Ötsch, Pühringer und Hirte weisen nach, wie es Netzwerken aus Volkswirten, Think Tanks und Politikern gelang, die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik über Jahrzehnte nachhaltig marktfundamentalistisch zu prägen. Auch zur Ökonomisierung der Gesellschaft trugen sie wesentlich bei.

Der Marktfundamentalismus spricht von „dem Markt“ (im Singular)“ und sieht ihn als autonomen Bereich, in dem ein selbstständiger Prozess abläuft. „Der Markt“ wird als „realer Akteur verstanden (der etwas ‚macht‘)“ (Ötsch et al. 2018, S. 14). „Der Markt“ funktioniert nach eigenen Gesetzmäßigkeiten. Wir und die Politik haben diesen Gesetzen zu folgen.

Der Markt wird als in sich homogen gedacht. Er wird „der Politik“ dichotom gegenübergestellt. Politik wird mit „dem Staat“ gleichgesetzt, sie erscheint ebenfalls als in sich homogen. Die Aufgabe „der Politik“ lautet: Schaffe die richtigen Bedingungen für „den Markt“! Politik soll sich auf die Gestaltung der Rahmenordnung für den Markt beschränken und sich aus „dem Markt“ selbst heraushalten. Einzige Ausnahme davon: das Marktversagen.

In diesem dichotomen Schema hat „der Markt“ immer positive Eigenschaften. Er gilt als Hort der Freiheit. Politik erscheint dagegen negativ. Politik bedeutet Behinderung, Zwang oder Unfreiheit. Deshalb soll auch die Gesellschaft dem Idealbild des Marktes entsprechen und zur Marktgesellschaft werden.

Staatliche Innovation

Wie aber sieht es das Verhältnis von Markt und Politik tatsächlich aus? An dieser Stelle soll nur ein kurzes Beispiel illustrieren, wie der Staat der Wirtschaft ihre wirtschaftlichen Grundlagen liefert. Die US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin Mariana Mazzucato hat vor ein paar Jahren das Buch „Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von

Innovation und Wachstum“ veröffentlicht (Mazzucato 2014).

Sie weist dort nach, dass technologische Innovationen, die Wirtschaftswachstum erzeugen, immer auf einem aktiven Staat basieren. Der Staat fördert Forschung und Entwicklung, er trägt das finanzielle Risiko und stellt den privaten Unternehmen die Ergebnisse kostenlos zur Verfügung. Beispiele dafür sind Internet, Mobilfunk, Pharmaforschung, Biotechnologie oder erneuerbare Energien. Die Ökonomin belegt u.a. exemplarisch, wie vielfältig und umfangreich iPod und iPhone auf kostenlos verfügbaren staatlichen Vorleistungen aufbauen (Mazzucato 2014, S. 115-145).

Für diese Leistungen des Staates zahlen die Unternehmen nichts zurück. Denn die anfänglichen Risiken werden vergesellschaftet, die später anfallenden Gewinne privatisiert. Auch die von Staat und Gesellschaft bereitgestellte Infrastruktur nutzen die Unternehmen für ihre Warenproduktion weitgehend unentgeltlich.

Ebenso erhält die deutsche Automobilindustrie in erheblichem Umfang staatliche Subventionen für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen, neuerdings für die Elektromobilität; hinzukommen die dauerhafte steuerliche Begünstigung der Dieselschiffe und gelegentlich Autokaufprämien. Auch mit Blick auf den Export ist die Autoindustrie ein Paradebeispiel für den Widerspruch zwischen dem Freiheitsnarrativ des Marktes und dem Fakt einer sehr engen Kooperation von Staat und Politik einerseits, Autokonzernen und Branchenverbänden andererseits.

Diese Skizzen lassen erneut erkennen: Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind nicht voneinander zu trennen. Die Wirtschaftseliten verfügen über ökonomisch-politische Macht, der die Menschen aus anderen Klassen nichts oder wenig entgegensetzen können. Verstärkt wird dies durch den Personalaustausch zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten. Das illustriert exemplarisch die Person von Matthias Wissmann, langjähriger CDU-Politiker und anschließend Präsident des Verbands der Automobilindustrie. Diese personelle Dimension zeigt aber nur einen kleinen Teilbereich des einflussreichen Lobbyings in der Verkehrspolitik (z.B. Schwedes et al. 2015).

Die strukturellen und personellen Vernetzungen garantieren einer kleinen wirtschaftlich privilegierten Gruppe auch eine privilegierte politische Partizipation. Parallel dazu kommt es zur zunehmenden sozialen und politischen Exklusion der unteren Schichten (Merkel / Petring 2012).

Ungleichheit

Damit sind wir beim Thema sozioökonomische Ungleichheit (Atkinson 2016, S. 17-147). Für Deutschland bemängeln Kritiker etwa: „Seit den Neunzigern hat es kaum noch sozialen Fortschritt gegeben“ (Scholz 2018). Das zeigt sich in einer ganzen Reihe von Befunden.

So wird in Deutschland soziale Ungleichheit überwiegend von den Eltern auf die Kinder vererbt (Steuerwald 2018). Die eigene sozioökonomische Position ergibt sich deshalb für die meisten Menschen nicht als Folge des Leistungsprinzips. Mit

zunehmender Vermarktlichung zählt immer mehr der Erfolg am Markt und immer weniger die Leistung der Einzelnen (Neckel / Dröge 2008).

Die deutsche Politik schwächt das Leistungsprinzip auch dadurch, dass sie seit Jahrzehnten eine Reform der Erbschaftsteuer verschleppt, die die Nachteile qua Geburt wenigstens etwas ausgleichen könnte (vgl. Beckert 2013, S. 23-83). Im internationalen Vergleich ist die Vermögensungleichheit in Deutschland hoch; weit mehr als jede Vierte besitzt kein oder ein negatives Vermögen, also Schulden (Grabka / Westmeier 2014).

Ähnlich sind die Verhältnisse beim Einkommen. Von 1945 bis 2013 konnten die Spitzenverdiener ihren Anteil kontinuierlich steigern. Der Anteil am Volkseinkommen ging für die untere Hälfte der Bevölkerung von 1960 bis 2013 von mehr als 30 Prozent auf 17 Prozent zurück.

Wichtiger als der Einkommensanteil sind aber die Lebenslagen. Heute ist „etwa ein Achtel der deutschen Erwerbsbevölkerung anhaltend prekär beschäftigt“ und lebt „unter prekären Umständen“ (Promberger et al. 2018, S. 4). Jeder Fünfte der unter 15-Jährigen in Deutschland lebt dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armutslage (Tophoven et al. 2017, S. 35-45).

Mit all dem stellt sich nicht nur die Frage der Gerechtigkeit. Sondern dieser sozioökonomische Zustand gefährdet auch die Demokratie (Krell et al. 2012). Denn sozioökonomische und politische Ungleichheit verstärken sich wechselseitig, die ökonomische Marginalisierung oder Exklusion zieht die politische Marginalisierung nach sich (z.B. Schäfer 2010).

Auch das asymmetrisch auf Kapitalinteressen abstellende Modell der ökonomischen Globalisierung, das die Ungleichheit weiter fördert, ruft populistische Reaktionen hervor (Rodrik 2018). Allerdings liefern jüngste Untersuchungen empirische Evidenz eher zugunsten der These der kulturellen Bedrohung (nicht der ökonomischen) als Hauptmotiv zumindest für die Identifikation mit der Partei Alternative für Deutschland (Lengfeld / Dilger 2018). Auf jeden Fall ist die Politik auf nationaler Ebene gefordert, die Interessen der breiten Bevölkerung wesentlich stärker zu berücksichtigen.

Denn die zahlreichen Globalisierungsverlierer erhalten nicht nur keine Kompensation für ihre unverschuldeten wirtschaftlichen Verluste – obwohl dies in der Volkswirtschaftslehre durchaus diskutiert wird (Stiglitz 2013, S. 79). Sie müssen sich auch noch ob ihrer angeblich mangelnden Leistungsbereitschaft, geringen Anpassungsfähigkeit und schwachen *employability* verhöhnen lassen. Sozioökonomische Liberalisierung bewirkt Entsicherung mit Blick auf Einkommenserwerb und Abstiegsgefahr und mobilisiert Angst (Betzelt / Bode 2017). Auch dies trägt zur Bedrohung von Parlamentarismus, Demokratie und Offenheit in Europa bei.

Diese kurzen und knappen Bemerkungen zu Machtverhältnissen, Marktfundamentalismus, Ungleichheit, Leistungsprinzip, Einkommensverteilung und Prekarität müssen hier reichen. Sie illustrieren: Wirtschaft politisch gestalten heißt immer auch Gesellschaft gestalten.

Gesellschaft

Wirtschaft ohne Gesellschaft gibt es nicht. Gesellschaft ist die Grundlage allen Wirtschaftens. Dazu nur drei kurze Beispiele.

Beispiel eins bietet die betriebliche Sozialordnung. Sie bildet die Basis aller Produktivität im Unternehmen. Das hat etwa der Industrie- und Betriebssoziologe Hermann Kotthoff analysiert (Kotthoff 2010). Unternehmen und Betriebe funktionieren nur, weil Gruppen und Personen einander dort mehr oder weniger vertrauen, weil dort ein grundsätzlich geteiltes Verständnis von berechtigten Erwartungen, von guter Arbeit und von fairer Behandlung der Beschäftigten herrscht. Die Sozialordnung macht es möglich, dass die betrieblichen Akteure mehr oder weniger produktiv kooperieren können.

Natürlich überleben Unternehmen durch die externe Refinanzierung in Form von Einkünften aus ihren Marktaktivitäten. Aber die unternehmensinterne Überlebensbedingung besteht darin, dass Unternehmensleitung und Beschäftigte auf der Basis einer beiderseitig akzeptierten betrieblichen Sozialordnung agieren. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob eine instrumentalistische, ganz auf den Homo oeconomicus abgestellte, oder eine gemeinschaftlich-integrative, mehr auf wechselseitiger Anerkennung fußende Sozialordnung herrscht (Kotthoff 2010, S. 433-436). Zentral ist die legitime Geltung der gemeinsamen sozialen Ordnung.

Das zweite Beispiel zur Bedeutung der Gesellschaft für die Wirtschaft betrifft die Kommunikation.

Wirtschaft ist Kommunikation. Märkte bestehen aus sozialer Kommunikation, Kommunikation in der Gesellschaft konstituiert die Waren, ihren Sinn und ihre Begehrtheit (Priddat 2010, 2015). Gelungene Kommunikation garantiert oder forciert den Verkauf der Produktion. Die Vox-Serie Shopping Queen oder die Haul-Videos auf YouTube sind nur zwei Beispiele von vielen.

Deshalb reicht das herkömmliche, neoklassisch mikroökonomische Marktmodell für die Erklärung wirtschaftlicher Prozesse mit dem Ziel politischer Gestaltung und Steuerung bei weitem nicht aus. Mit Blick auf Konsumgütermärkte verfehlt der enge Fokus auf Angebot, Nachfrage und Preismechanismus sogar völlig die Mechanismen, die die Märkte steuern: soziale Kommunikation. Wirtschaft ist ein sozialer Prozess, und ohne Soziologie kann man das nicht verstehen: „Die Ökonomie erweist sich [...] als eine spezifische Soziologie“ (Priddat 2010, S. 19).

Natürlich zählt nicht nur Kommunikation, auch Kosten sind bekanntlich wirtschaftlich relevant. Damit sind wir bei Beispiel drei.

Denn Produzieren und Konsumieren verursachen auch Kosten, für die Produzenten und Konsumenten nicht aufkommen müssen, weil sie sie auf Dritte abwälzen können. Die Volkswirtschaftslehre analysiert das mit dem bekannten Konzept der externen Kosten oder allgemeiner mit dem der externen Effekte (Pigou 1938). Der Ökonom William Kapp führt Externalitäten vor allem auf die kapitalistische Marktwirtschaft zurück: „Unter den Bedingungen profitorientierter Investitionsentscheidungen wird der Produktionsprozeß [...]

ohne vorherige Abklärung tatsächlicher Kosten und Konsequenzen gelenkt“ (Kapp 1988, S. XV).

Verhandelte Kosten

Eine sozialwissenschaftliche Analyse setzt aber umfassender an. Jüngst hat der Soziologe Stefan Lessenich ein Bild der „Externalisierungsgesellschaft“ gezeichnet. Sie ist dadurch charakterisiert, dass sie die „Kosten des industriell-kapitalistischen Gesellschaftsmodells“ *systematisch* auf andere in der ganzen Welt abwälzt (Lessenich 2016, S. 10). Einschlägige Stichworte sind Ressourcenraubbau, Umweltschäden oder Ausbeutung von Arbeitskräften.

Aber auch die Diagnose der Externalisierungsgesellschaft verfehlt einen zentralen Punkt: Externe Kosten der Wirtschaft sind oft vorab politisch verhandelte Kosten. Genauer formuliert: sie entstehen durch die vorab vereinbarte Verteilung von Kosten und Nutzen eines Produkts. Wirtschaftlichkeit und Rentabilität ganzer Branchen – natürlich samt ihren Arbeitsplätzen und Erwerbseinkommen – hängen davon ab, dass sie einen Teil der Kosten auf Dritte abschieben können. Das wird politisch sichergestellt. Prominente Beispiele dafür sind Kernenergie, Kohlebergbau, Auto- und Flugverkehr, Tourismus oder Landwirtschaft.

Natürlich verlangt das Beziffern von externen Kosten sehr komplexe Bewertungsverfahren, die immer umstritten sind. Aber das Exempel Verkehr zeigt, dass die realen Kosten viel weniger zählen, als der Marktfundamentalismus meinen macht. So schätzt eine Metastudie der TU Dresden im Auftrag der Grünen-Fraktion im Europaparlament die externen Kosten der Autonutzung in den EU-Ländern auf etwa 3 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts (Becker et al. 2012). Dabei hat sie die externen Kosten für Unfälle, Luftverschmutzung, Lärm und Klimawandel berücksichtigt.

Eine Studie der Universität Kassel berechnet die Kosten von Radverkehr, Fußverkehr, öffentlichem Personennahverkehr und Autoverkehr aus Sicht der Kommunen anhand von drei Modellstädten (Sommer 2015). Sie ermittelt einen Kostendeckungsgrad zwischen 8 und 30 Prozent für den Lkw-Verkehr, 16 und 56 Prozent für den Pkw-Verkehr und 61 bis 82 Prozent für den ÖPNV. Besonders bemerkenswert: die Verkehrsinteressen von Kindern und Jugendlichen werden systematisch vernachlässigt, nicht nur in Busse und Bahnen, sondern auch in den Rad- und Fußverkehr fließen vergleichsweise wenig kommunale Mittel.

Staat und Politik agieren also als Garanten der Externalisierbarkeit von Kosten. Mittels Rechtsetzung stellt die Politik zugleich sicher, dass die Betroffenen die Nachteile hinnehmen und die Kosten tragen müssen und nicht dafür entschädigt werden. Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern um die Gesundheit und das Leben von Abertausenden von Menschen – Jahr für Jahr. Das ist eine Form der entschädigungslosen Enteignung, sie verhöhnt diejenigen, deren Privateigentum durch die Politik der Externalisierung entwertet wird.

Die systematische Externalisierung von Kosten ist der blinde Fleck der koordinierten kapitalistischen Marktwirt-

schaft (Ramazzotti et al. 2012). Sie reklamiert für sich eine hohe Effizienz. Aber die Produzenten beanspruchen und verwenden in großem Umfang Ressourcen, für die sie nichts bezahlen, mit denen sie jedoch Gewinne und Einkommen generieren. In der Folge zahlen auch die Konsumenten zu wenig. Zugleich wälzen die Unternehmen einen Teil der Risiken der Produktion und der Produkte auf unbeteiligte Dritte und zukünftige Generationen ab. Ganz anders, als die Marktfundamentalisten mit dem Satz „Erst produzieren, dann verteilen“ behaupten, fußt der wirtschaftliche Prozess wesentlich auf dem Grundsatz „Erst verteilen, dann produzieren“; er ist von Anfang an auch ein politischer Prozess.

Die politische Gestaltung der Wirtschaft greift also schon vor Beginn der Produktion, indem Regierungen oder Behörden im Vorhinein externe Kosten erlauben, dulden oder durchsetzen. Eklatante Scheineffizienz charakterisiert deshalb erhebliche Teile der herrschenden Form von Marktwirtschaft. Allerdings: Die Politik hat dafür – mehr oder weniger – die Unterstützung eines Teils der Wählerinnen, weil sie Nutznießerinnen dieser Umverteilung sind.

Zusammengefasst kann man an diesen wenigen Beispielen sehen, wie eng Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammenhängen. Man erkennt, wie sehr Wirtschaft auf politische und gesellschaftliche Voraussetzungen angewiesen ist. Wer Wirtschaft nur wirtschaftswissenschaftlich erklärt, verfehlt die wirtschaftliche Realität (Kapp 1988, S. 207-211): Die „Spezialisierung und Fragmentierung der Gesellschaftsanalyse behindert die Suche nach Erkenntnis und Wahrheit oder vereitelt sie ganz“ (Kapp 1988, S. 209).

Wirtschaft und Politik sollten deshalb auch in der Schule im Zusammenhang behandelt werden. Der sozialwissenschaftliche Unterricht muss die Mittel bereitstellen, mit denen sich die Lernenden ein Verständnis der Wirtschaft erarbeiten können.

Denn die moderne Wirtschaft bleibt ohne die Erklärungsansätze aus Politischer Ökonomie, Soziologie, Wirtschaftssoziologie und Wirtschaftsgeschichte schlicht unverständlich. Was heißt das für Schule und Unterricht?

4. Was folgt für die sozialwissenschaftliche Bildung?

Im Folgenden geht es vor allem um Fächerstrukturen, Lehrpläne und Lehrerausbildung. Welche politischen Entscheidungen verbessern die Rahmenbedingungen dafür, in der Schule „Wirtschaft gestalten zu lernen“? Welche verschlechtern sie?

Die ersten beiden Leitfragen dieses Teils beschäftigen sich mit dem bildungspolitischen Druck auf das Fach Sozialwissenschaften. Daran wirken die Lobbyverbände der Wirtschaft kräftig mit. Hier geht es um den Kampf um die Köpfe der Kinder. Wer gewinnt die Deutungsmacht? Welche wirtschaftlichen Narrative setzen sich durch? Wem nützen sie?

Die nächsten zwei Leitfragen widmen sich den besonderen Herausforderungen des Integrationsfaches. Hier steht die Professionalität im Zentrum. Die Fragen fünf und sechs schließlich beziehen sich auf die Partizipation der Betroffenen an der Curriculumentwicklung und auf die verfügbaren Ressourcen für das Fach.

Die Vorherrschaft des Marktfundamentalismus im Mainstream der Volkswirtschaftslehre sowie in großen Teilen der Wirtschaftspolitik und der Öffentlichkeit hat unmittelbare Folgen für die sozialwissenschaftliche Domäne in den Schulen. Denn die Forderung nach einem separaten Schulfach Wirtschaft entspringt marktfundamentalistischem Denken, seine Einrichtung würde den Marktfundamentalismus in der Lehrerausbildung, in den Lehrplänen und in den Klassenzimmern verankern und verbreiten.

Entpolitisiert ein Separatfach?

Damit stellt sich die erste Leitfrage, die zu diskutieren ist: Entpolitisiert ein Separatfach Wirtschaft die sozialwissenschaftliche Bildung?

Ein Separatfach Wirtschaft entpolitisiert, indem es die angebliche „Eigenlogik der Wirtschaft“ symbolisiert und vermittelt, die Märkte zu „dem Markt“ naturalisiert, die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ignoriert und die gesellschaftlich-politischen Voraussetzungen und Folgen von Wirtschaft ausblendet. Dieses Denken erklärt Wirtschaft im Prinzip zur politikfernen und demokratiefreien Zone.

Darüber hinaus werden auch die negativen sozio-politischen Folgen „des Marktes“, die er etwa in Form des freien Kapitalverkehrs, des ungebremsten Freihandels oder der systematischen Produktion externer Kosten verursacht, heruntergespielt. Vermittelt wird das dualistische Weltbild der orthodoxen Volkswirtschaftslehre: hier Markt, dort Staat und nichts dazwischen.

Die zentrale Frage, ob Kapitalismus und Demokratie miteinander vereinbar sind, wird nicht thematisiert (Kocka / Merkel 2015). Kaschiert wird auch der Widerspruch von ökonomischer Ungleichheit und politischer Gleichheit (Vaut 2012). Real existierende Alternativen zur deutschen Variante der sozialen Marktwirtschaft kommen nicht zur Sprache (Schröder 2014). Das deutsche Modell erscheint als weltweit überlegenes Muster.

Genossenschaften – immerhin immaterielles Kulturerbe in Deutschland –, Gemeinschaften oder Gemeinwohlökonomie? Man glaubt, dass man solche Alternativen nicht braucht, denn Deutschland hat die optimale Wirtschaftsordnung ja schon realisiert. Allenfalls muss man die soziale Marktwirtschaft ein bisschen ökologischer machen. Gestaltung und Gestaltungskompetenz werden so zu wirtschaftsdidaktischen Leerformeln.

Wie soll man damit umgehen? Was lässt sich dem fachlich und politisch entgegensetzen? Wie sieht ein politischer Unterricht über Wirtschaft aus? Macht sozialwissenschaftliche Bildung das alles besser? Was kann sie leisten, was eine separierte ökonomische Bildung nicht anbieten kann?

Politik impliziert Konflikt und Kontroverse. Wer entpolitisiert, der übertüncht die Kontroversität. Wer ökonomisiert, d.h. wer die Auseinandersetzung mit der Gestaltung von Wirtschaft in einem Separatfach nur wirtschaftswissenschaftlich betreibt, der verdeckt die sozialwissenschaftlichen Kontroversen.

Wie kann man Kontroversität sichern?

Deshalb lautet die zweite Leitfrage: Wie kann man die Kontroversität des ökonomischen Lernens sichern?

Ein Separatfach Wirtschaft verschafft den Wirtschaftswissenschaften ein schulisches Interpretationsmonopol für wirtschaftliche Themen. Es schließt Wissen und Methoden aus Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftsgeschichte systematisch aus. Nicht nur der Marktfundamentalismus, sondern auch die Monodisziplinarität verhindert einen realitätsgerechten Zugang zur Wirtschaft.

Das volkswirtschaftliche Lehrbuchwissen ist jedoch politisch höchst wirksam. Dessen sind sich seine Protagonisten bewusst. So bekennt Paul Samuelson, der Autor des weltweit erfolgreichsten VWL-Lehrbuchs, „I don't care who writes a nation's laws – or crafts its advanced treatises – if I can write its economics textbooks“ (Weinstein 2009).

Aber Kinder und Jugendliche brauchen einen multiperspektivischen Zugang zu wirtschaftlichen Phänomenen und Problemen, wenn sie Wirtschaft angemessen verstehen lernen sollen. Denn diese sind politisch, sozial und historisch konstituiert und kontextualisiert.

So kann man beispielsweise Probleme und Optionen der Global Economic Governance, also der politischen Gestaltung der Weltwirtschaft, nur angemessen erfassen, wenn man auch Erkenntnisse der Internationalen Politischen Ökonomie berücksichtigt (z.B. Bieling 2011). Volkswirtschaftliche Außenhandelstheorie und -politik allein greift hier viel zu kurz.

In der schulischen Bildung geht es aber gar nicht um die Einübung in disziplinäre Denkweisen, sondern um die wissenschaftsorientierte Erschließung der Wirtschaftswelt. Das verlangt einen sozialwissenschaftlichen Zugang.

Das beeindruckt die Bildungspolitik der schwarz-gelben Koalition in NRW nicht. Das nordrhein-westfälische Schulministerium setzt wider alle empirische Evidenz und unter Missachtung der Leistungsfähigkeit der integrativen sozialwissenschaftlichen Schulfächer auf ein Separatfach Wirtschaft. Damit erfüllt das Ministerium die Forderungen der Wirtschaftsverbände und sichert ihnen einen ähnlich privilegierten Zugang zum Wirtschaftsunterricht wie den Kirchen zum Religionsunterricht.

Bekenntnisgebundener Wirtschaftsunterricht

Mit dem Separatfach Wirtschaft droht ein bekenntnisgebundener Wirtschaftsunterricht. Er steht unter der Aufsicht einer unheiligen Allianz aus orthodoxer Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsverbänden.

Wie die Landesregierung von Baden-Württemberg, so hat auch Nordrhein-Westfalen die Vorbereitung eines Separatfachs Wirtschaft unter Ausschluss der Öffentlichkeit betrieben. Diese beiden Länderfälle zeigen übrigens sehr schön, dass der Marktfundamentalismus durchaus parteiübergreifend Verbreitung gefunden hat.

Hierzulande haben CDU und FDP die Wählerinnen und Wähler über ihre Absicht vor den Landtagswahlen offenbar sogar gezielt getäuscht (Hedtke 2017). Während diese beiden Parteien die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger

durch Irreführung über ihre Absichten aushebeln, gewähren sie Partizipationsrechte bevorzugt den Wirtschaftskammern, Wirtschaftsverbänden und Unternehmensstiftungen. Diese privilegierte Partizipation von Kapitalvertretern trägt plutokratische Züge.

Bereits heute haben Unternehmen, Wirtschaftskammern, Unternehmerverbände und ihre Think Tanks einen erheblichen Anteil der schulischen Lernzeit für ihre Interessen instrumentalisiert. Das belegen Beispiele wie Unternehmererziehung und Finanzerziehung oder das Ausufern der bildungsfeindlichen Berufsorientierung in Nordrhein-Westfalen.

Soll und kann man diese Entwicklungen zu einem Separatfach verhindern? Wie erreicht man das? Wie kommuniziert man die Überlegenheit des sozialwissenschaftlichen Schulfachs gegenüber einer Aufspaltung in isolierte Separatfächer? Aber man muss auch selbstkritisch fragen: Reicht die Kontroversität zu wirtschaftlichen Themen im Politik- und Sowi-Unterricht aus? Oder herrscht auch hier eine affirmative Behandlung der deutschen sozialen Marktwirtschaft vor?

Wie garantiert man die Professionalität der Lehrkräfte?

Aus der Komplexität unseres Themas „Wirtschaft gestalten lernen“ ergeben sich Herausforderungen an das Fach. Gefordert sind sozialwissenschaftliche Mehrperspektivität, Kontroversität und Multidisziplinarität. Sozialwissenschaftlicher Unterricht ist ein anspruchsvolles Konzept. Das verlangt außerordentlich kompetente Lehrkräfte. Damit stellt sich die nächste Leitfrage: Welche Herausforderungen stellt die schulische Integration der Sozialwissenschaften an die Professionalisierung der Lehrkräfte?

Das Ziel hervorragend ausgebildeter Lehrkräfte erreicht man durch ein systematisch integrativ angelegtes sozialwissenschaftliches Studium. Dieses Studium beginnt mit der Grundlegung durch die Gemeinsamkeiten der Sozialwissenschaften, die erste Studienphase wird also transdisziplinär angelegt. Die zweite Phase vermittelt dann die Beiträge aus den Disziplinen, die das Verstehen, Erklären und Gestalten von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft besonders fördern. Sie sollten eine große Reichweite haben und einen breiten Anwendungsbereich bieten. Mit Blick auf unser heutiges Thema übt das Studium dann bevorzugt die sozialwissenschaftlich interdisziplinäre Bearbeitung von ökonomisch-politischen Problemen ein.

Im Studium geht es aber auch um das professionelle Selbstverständnis der angehenden sozialwissenschaftlichen Lehrkräfte und deren eigene Leistungsansprüche im Fachstudium. Einstellungen wie „Das muss ich als zukünftige Lehrkraft nicht wissen, weil ich es in der Schule nicht brauchen werde!“ sind inakzeptabel und unprofessionell. Wir wissen nämlich aus der empirischen Forschung: Nur wer sein Fach souverän beherrscht, kann auch den Lernenden erklärungskräftiges und nützliches Wissen erschließen (Z.B. Blömeke et al. 2008). Nur dann kann man sein eigenes Fachwissen jederzeit spontan mobilisieren und ad hoc in Lernprozesse einbringen.

Hinzu kommt das Problem, dass sich das bildungsrelevante sozialwissenschaftliche Wissen rasant entwickelt

und erweitert. Die Landesregierung aber verzichtet auf eine systematische Fortbildung der Lehrkräfte. Das gefährdet den Anschluss an den Stand der Wissenschaften. Das Ministerium riskiert dadurch die Wissenschaftsorientierung der Schule.

Zu diskutieren sind also Fragen wie: Bereitet das derzeitige fachwissenschaftliche und fachdidaktische Studium der Sozialwissenschaften angemessen auf den integrativen Unterricht vor? Reichen das sozialwissenschaftliche Fachwissen und die Methodenkenntnisse aus? Was muss sich ändern? Was kann man dafür tun? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen insbesondere in den Studienseminaren und Schulen?

Wann wird Integration überdehnt?

Das hohe Anspruchsniveau unserer Schulfächer wirft aber auch die Frage auf, wann die Integration so komplex wird, dass sie scheitern muss oder im oberflächlichen Antippen von Wissen verharrt. Viele werden einräumen, dass man Integration auch überdehnen kann. Dies zeigt sich am Beispiel von Fächern wie Gesellschaftslehre. Dort scheitert ein fachlich angemessener Unterricht nicht selten daran, dass in der fächerintegrierten Variante z.B. die Erdkundelehrerin überwiegend Geographie unterrichtet und die anderen beiden Fachanteile mehr oder weniger vernachlässigt. Unter diesen Bedingungen bestimmen die Fachprofile der zufällig eingesetzten Lehrkraft das inhaltliche Profil des Schulfaches.

Das führt zur vierten Leitfrage: Wo liegen die Grenzen der schulischen Integration der Sozialwissenschaften?

Verfügbare Evidenz und überwiegende Erfahrung der Lehrkräfte zeigen, dass die sozialwissenschaftliche Integration von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in einem Schulfach das bessere und im Grundsatz auch bewährte Fachkonzept ist. Die Integration von Soziologie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre ist auch beherrschbar, weil die Sozialwissenschaften einen großen Fundus an gemeinsamen Traditionen, Methoden, Denkweisen und Konzepten haben.

Aber Geschichte und Geographie gehen weit darüber hinaus. Geographie ist ein auch naturwissenschaftliches Fach. Überfordert diese Großintegration Lehrkräfte und Lernende gleichermaßen? Kann eine einzelne Lehrkraft über die nötigen fachlichen Kompetenzen verfügen? Führt dies zu einem unvermeidbaren Verlust an sozialwissenschaftlicher Fachlichkeit im Unterricht? Käme es zu fachfremden Unterricht *innerhalb* des Faches? Soll und kann man das vermeiden? Wie? Und was wäre politisch zu tun? Mit Blick auf diese Problemlage muss die DVPB eine fachpolitische Position dazu entwickeln und in Öffentlichkeit und Politik einbringen.

An der Fächerpolitik partizipieren?

Um Bildungspolitik, genauer um Lehrplanpolitik, dreht sich auch die fünfte Leitfrage. Wenn Partizipation ein ernsthaftes politisches Anliegen wäre, dann gäbe es auch eine ernstzunehmende Partizipation an der Erarbeitung von Lehrplänen für die sozialwissenschaftliche Domäne. Davon kann aber keine Rede sein. Deshalb lautet die fünfte Leitfrage: Wie kann man fächerpolitisch an den Entscheidungsprozessen effektiv mitwirken?

Lehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Domäne gehen alle etwas an. Sie verkörpern nicht nur das Selbstverständnis einer Gesellschaft und ihres politischen und wirtschaftlichen Systems, sondern sie erschließen auch den Zugang der jungen Generation zu Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

In den allermeisten Fällen aber werden Lehrpläne von der Bildungsadministration in einem kleinen Zirkel und unter Ausschluss der Öffentlichkeit produziert. Zwar kann man die Ergebnisse der Kommission in der üblichen Verbändeanhörung kommentieren. Aber erfahrungsgemäß bewirken die Eingaben bestenfalls marginale Veränderungen. Schon die engen Zeitpläne bis zur Implementation des neuen Lehrplans verhindern eine angemessene Berücksichtigung der Vorschläge der Fachverbände.

Brauchen wir also mehr Transparenz? Soll die Mitgliedschaft in Lehrplankommissionen ausgeschrieben werden? Soll die Kommission öffentlich tagen? Sollen ihre Sitzungen per Livestream ins Web übertragen werden? Müssen alle Unterlagen, Vorschläge und Reaktionen öffentlich zugänglich sein?

Braucht man vor allem ein Lehrplan-Lobbyregister, das die Kontakte zwischen Bildungsministerium, Landesinstitut QUA-LiS und Kommissionen einerseits, sowie Interessenvertretern andererseits dokumentiert? Wie setzt man das durch? Und wie kontrolliert man es? Auch hier ist die DVPB gefordert, eine politische Position zu entwickeln.

Mehr und bessere Ressourcen für das Fach?

Lehrplanpolitik produziert offizielle Vorgaben und explizite Erwartungen an das Fach und die Fachlehrkräfte. Studentafel, Lehrkräfteeinsatz, Unterrichtsmaterial und Personalentwicklung definieren die Ressourcen, die dem Fach zur Verfügung stehen. Für die sozialwissenschaftliche Domäne gelten die verfügbaren Ressourcen allgemein als unzureichend.

Daraus ergibt sich die sechste und letzte Leitfrage: Wie kann man die Ressourcen des Faches verbessern?

Sozialwissenschaftliche Integration ist auch deshalb ein anspruchsvolles Fachkonzept, weil sich der Gegenstand des Faches permanent weiterentwickelt und verändert und mit von Aktualitäten aller Art verbunden ist. Das Fach vereint üblicherweise drei Disziplinen: Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Soziologie. Für diese drei zusammen gewährt die Bildungspolitik nur so viel Lernzeit wie sonst auf eine einzige Disziplin in der Domäne entfällt. Ein Beispiel sind die Geschichtswissenschaft und das Fach Geschichte.

Rechnet man nach Disziplinen, dann hat das sozialwissenschaftliche Fach in NRW nur ein Drittel der Lernzeit von Geschichte (zum Ländervergleich siehe Gökbudak / Hedtke 2019). Diese knappen Zeitressourcen stehen in einem Missverhältnis zu den zahlreichen und wichtigen Aufgaben, die der sozialwissenschaftlichen Bildung zugeschrieben werden.

Auch die institutionelle Unterstützung, die das Land in Form von schulübergreifender Vernetzung, Lehr-Lern-Material oder Fortbildungen anbietet, bleibt unzureichend. Es gibt zwar ausgezeichnete und praktisch bewährte Unterrichtsein-

heiten und Materialien, aber sie werden nicht systematisch erschlossen, verbreitet und ausgewertet.

Was brauchen Lehrkräfte für einen hervorragenden sozialwissenschaftlichen Unterricht? Was muss das Land bereitstellen, was können die Lehrkräfte selbst organisieren und beitragen? Auch hier steht die Entwicklung einer fachpolitischen Position auf der Agenda, denn die Fachressourcen sind von zentraler Bedeutung für den Bildungserfolg.

5. Ausblick: Stören lernen?

Wirtschaft gestalten lernen heißt politisch gestalten lernen. Das lernt man wohl am besten durch Politik *machen* oder durch Politik beeinflussen, auch über den öffentlichen Diskurs. Für Kinder und Jugendliche ist das politische Handlungsfeld in erster Linie die Schule, darüber hinaus die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen, eher selten auch die Öffentlichkeit. So gesehen ist ihr partizipatorisches Potenzial bescheiden.

Selbst in der Schule haben Schülerinnen und Schüler kaum Gelegenheit dazu, politisches Handeln in einer demokratischen Organisation zu lernen. Bildungspolitik, Bildungsadministration und die Schulen befördern Demokratielernen, aber Demokratie *machen* steht kaum auf dem Programm. So bleibt die demokratische Schule ein unbeliebtes und unvollendetes Projekt.

Hinzu kommt, dass weite Teile der Politik die sozialwissenschaftliche Bildung geringschätzen. Das sieht man vor allem an ihren Taten, weniger an ihren Worten (Gökbudak / Hedtke 2019). Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker ignoriert die Bedeutung, die die gemeinsame, systematische und anhaltende Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Problemen und mit möglichen politischen Lösungen für das Bestehen des Gemeinwesens hat. Das gilt sogar dann, wenn sie Bildungsministerin sind.

Dabei drängen grundlegende Fragen auf Antworten, Fragen, die die Kinder und Jugendlichen heute und in Zukunft betreffen. Ich will nur einige beispielhaft nennen:

Wie wollen wir zukünftig wirtschaftlich leben? Was kennzeichnet eine solidarische Wirtschaft? Wollen, können wir sie erreichen? Wollen wir eine faire und gerechte Wirtschaft gestalten? Was können wir dafür tun? Soll die Demokratie die Wirtschaft regieren? Oder wollen wir eine Wirtschaft, die im Wesentlichen von globalen Konzernen und Investmentfonds kontrolliert wird? Wollen wir etwa in Wohnungen wohnen, die anonymen Investorinnen aus Saudi Arabien, China, Russland und Großbritannien gehören? Wollen wir eine kollektive kapitalmarktbezogene Altersvorsorge oder muss sich jede einzelne um alles allein kümmern? Muss eine mensch- und naturverträgliche Wirtschaftsform eine Utopie bleiben oder ist eine Transformation des kapitalistischen Wachstumssystems realistisch? Wollen oder müssen wir uns der Tyrannei des digitalen Überwachungskapitalismus (Shoshana Zuboff 2018) unterwerfen oder können wir ihn politisch zähmen?

Jede dieser drängenden Fragen verlangt sozialwissenschaftliches Wissen und Können. Mit isoliertem wirtschaftswissenschaftlichem oder politikwissenschaftlichem oder soziologischem Wissen erreicht man viel zu wenig. Auch

Affirmation und Anpassungslernen, Einfügen in die wirtschaftlichen Verhältnisse und Beschränkung auf privates Optimieren tragen nichts zur Problemlösung bei. Sie lenken einfach nur von den wirklich wichtigen Fragen ab.

Wir brauchen also sozialwissenschaftlich informierte Debatten und kritisches sozialwissenschaftliches Denken. Das reicht aber nicht. Denn wir benötigen auch politische Debatten, die eine problemorientierte Perspektive des Gestaltens verfolgen und auf wirksame Politik zielen. Kinder und Jugendliche müssen dazu ihre eigenen politischen Grundorientierungen und ihre sozioökonomischen Interessenlagen einbringen lernen. Wie dringend das nötig ist, zeigt die meist extrem kinder- und jugendfeindliche kommunale Verkehrspolitik.

Die Berücksichtigung der Interessen der Lernenden fordert auch der dritte Grundsatz des Beutelsbacher Konsens. Er wird in den dominierenden deliberativen Konzepten der politischen Bildung gerne vergessen. Denn sie setzen kaum auf Interessen, sondern mehr auf rationales politisches Urteilen, auf diskursive und konsensorientierte Kommunikation, auf Nachordnung der Eigeninteressen gegenüber einem Gemeinwohl. Damit verharmlosen sie die Machtfrage, die bei aller Gestaltung von Wirtschaft im Zentrum steht.

Angesichts der gigantischen Kosten, die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik gestern und heute auf unbeteiligte Dritte abwälzen und in die Zukunft verschieben, heißt Wirtschaft politisch gestalten lernen für die junge Generation vor allem eins: wirtschafts-, sozial- und umweltpolitisch stören lernen. Es geht um eine nicht angepasste, aufsässige Jugend, die vom Recht auf Widerspruch Gebrauch macht und auch die Verweigerung von Partizipation praktiziert (Hedtke 2013).

Diesen unkonventionellen Bildungsauftrag bringt die niederländische Erziehungswissenschaftlerin Claudia Ruitenberg, die in Kanada lehrt, gut auf den Punkt (Ruitenberg 2018). Frei übersetzt lautet der Titel „Schwierig sein lernen. Politische Bildung und unnachgiebige Empörung“. Ruitenberg plädiert für das Leitbild der zivilen Spaßverderberin. Diese begnügt sich nicht mit läppischer, fast folgenloser Partizipation. Sie verweigert jeden Kompromiss, der nicht auf der eindeutigen Anerkennung von Gleichheit basiert. Sie akzeptiert ungerechtfertigte Ungleichheit nicht.

Dieser Bürgerintyp hat erkannt: Solange Partizipation an der politischen Gestaltung der Wirtschaft die fundamentale und systemische sozioökonomische Ungleichheit nur maskiert – so formuliert es der Politische Philosoph Jaques Rancière (Rancière 2014) –, solange bringt sie nicht die Lösung, sondern nur die Verschärfung der drängenden Probleme.

Pseudopartizipation geht oft mit dem Pädagogisieren und Individualisieren politischer Probleme einher. Moralisieren und Individualisieren mit Blick auf die Gestaltung der Wirtschaft sind die Kehrseite von Entpolitisierung. Kinder und Jugendliche sollen durch individuelles privates Handeln die Defizite und das Versagen der Märkte und der Politik bei ihrer Steuerung ausbügeln. Verbraucher- und Gesundheitsbildung, Umwelt- und Nachhaltigkeitserziehung, Berufsorientierung und Finanzerziehung quellen über von Negativbeispielen für die Entpolitisierung politischer Probleme.

Wirtschaft politisch gestalten lernen setzt deshalb die Fähigkeit zu unterscheiden voraus. Politische Handlungsfähigkeit heißt zum einen, die Gestaltungsspielräume in der Wirtschaft auszuschöpfen und zu erweitern. Sie bedeutet zum anderen aber auch, Partizipation dann zu verweigern, wenn sie dazu führt, dass Unrecht und Ungerechtigkeit fortgesetzt und gefestigt werden.

Mit Blick auf die gegenwärtigen Zustände der Wirtschaft kann die Verweigerung von Partizipation in einer Reihe von Fällen eine Option oder sogar eine Obligation sein. Auch das sollten Schülerinnen lernen können.

Literatur

- Atkinson, Anthony B. (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können. Stuttgart
- Becker, Udo J. / Becker, Thilo / Gerlach, Julia (2012): Externe Autokosten in der EU-27. Überblick über existierende Studien. Dresden
- Beckert, Jens (2013): Erben in der Leistungsgesellschaft. Frankfurt am Main
- Betzelt, Sigrid / Bode, Ingo (2017): Fatal funktional? Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus, in: *Leviathan*, 2/2017, S. 192-220
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden
- Blömeke, Sigrid / Felbrich, Anja / Müller, Christiane / Kaiser, Gabriele / Lehmann, Rainer (2008): Effectiveness of teacher education, in: *Zeitschrift für Didaktik der Mathematik*, 5/2008, S. 719-734
- Chwieroth, Jeffrey M. (2010): Capital ideas. The IMF and the rise of financial liberalization. Princeton, NJ.
- Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I. Bielefeld
- Grabka, Markus M. / Westermeier, Christian (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: *DIW-Wochenbericht*, 9/2014, S. 151-164
- Graupe, Silja / Steffestun, Teresa (2018): „The market deals out profits and losses“. How Standard Economic Textbooks Promote Uncritical Thinking in Metaphors, in: *Journal of Social Science Education*, 3/2018
- Hedtke, Reinhold (2013): Who Is Afraid of a Non-Conformist Youth? The Right to Dissent and to Not Participate, in: Hedtke, Reinhold / Zimenkova, Tatjana (Hrsg.): *Education for Civic and Political Participation. A Critical Approach*. London, S. 54-78
- Hedtke, Reinhold (2016a): Bildung zur Partizipation: Fachdidaktik als Auftragnehmerin der Politik? in: Menthe, Jürgen / Höttecke, Dietmar / Zabka, Thomas / Hammann, Marcus / Rothgangel, Martin (Hrsg.): *Befähigung zu gesellschaftlicher Teilhabe. Beiträge der fachdidaktischen Forschung*. Münster, New York, S. 9-24
- Hedtke, Reinhold (2016b): Partizipation als politisches und pädagogisches Problem, in: Friedrichs, Werner / Lange, Dirk (Hrsg.): *Demokratiepolitik. Vermessungen, Anwendungen, Probleme, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 133-146
- Hedtke, Reinhold (2017): Schwarz-Gelb in NRW: Wählertäuschung beim Schulfach Wirtschaft? *iböb Initiative für eine bessere ökonomische Bildung* (www.iboeb.org/schwarz-gelb-nrw-w%C3%A4hler%C3%A4uschung-beim-schulfach-wirtschaft; 20.4.2019)
- Hirschman, Daniel / Berman, Elizabeth Popp (2014): Do economists make policies? On the political effects of economics, in: *Socio-Economic Review*, 4 / 2014, S. 779-811
- Kapp, K. William (1988): Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Das klassische Werk der Umwelt-Ökonomie. Frankfurt a.M.
- Kocka, Jürgen / Merkel, Wolfgang (2015): Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden, S. 307-336
- Kotthoff, Hermann (2010): „Betriebliche Sozialordnung“ als Basis ökonomischer Leistungsfähigkeit, in: Beckert, Jens / Deutschmann, Christoph (Hrsg.): *Wirtschaftssoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 49/2009*. Wiesbaden, S. 428-447
- Krell, Christian / Meyer, Thomas / Mörschel, Tobias (2012): Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven, in: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 9-30
- Lengfeld, Holger / Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 3/2018, S. 181-199
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Bonn
- Mahnkopf, Birgit (1998): Probleme der Demokratie unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung und ökologischer Restriktionen, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): *Demokratie - eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*. Wiesbaden, S. 55-79
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München
- Merkel, Wolfgang / Petring, Alexander (2012): Politische Partizipation und demokratische Inklusion, in: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 93-120
- Müller-Jentsch, Walther (2017): Strukturwandel der industriellen Beziehungen. Wiesbaden
- Neckel, Sighard / Dröge, Kai (2008): Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft, in: *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*. Frankfurt a.M., S. 80-99
- Ötsch, Walter / Pühringer, Stephan / Hirte, Katrin (2018): Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie. Wiesbaden
- Pigou, Arthur C. (1938): *The Economics of Welfare*. London
- Platt, Stephen (2015): *Criminal Capital. How the Finance Industry Facilitates Crime*. Basingstoke, Hampshire

- Priddat, Birger P. (2010): Das Dritte in der Ökonomie. Transaktion als multipler triadischer kommunikativer Prozess, in: Eßlinger, Eva / Schlechtriemen, Tobias / Schweitzer, Doris / Hons, Alexander (Hrsg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma. Berlin, S. 110-124
- Priddat, Birger P. (2015): Economics of persuasion. Ökonomie zwischen Markt, Kommunikation und Überredung. Marburg
- Promberger, Markus / Jahn, Kerstin / Schels, Brigitte / Allmendinger, Jutta / Stuth, Stefan (2018): Existiert ein verfestigtes „Prekariat“? Prekäre Beschäftigung, ihre Gestalt und Bedeutung im Lebenslauf und die Konsequenzen für die Strukturierung sozialer Ungleichheit. Düsseldorf
- Ramazzotti, Paolo / Frigato, Pietro / Elsner, Wolfram (Hrsg.) (2012): Social Costs Today. Institutional Analyses of the Present Crises. London: Routledge
- Rancière, Jacques (2014): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a.M.
- Rodrik, Dani (2018): Populism and the economics of globalization, in: Journal of International Business Policy, 1/2018, S. 12-33
- Ruitenbergh, Claudia W. (2018): Learning to be Difficult. Civic Education and Intransigent Indignation, in: on_education, Journal for Research and Debate 1/2018, S. 1-4
- Sack, Detlef (2013): Dealing with Dissatisfaction: Role, Skills and Meta-Competencies of Participatory Citizenship Education, in: Hedtke, Reinhold / Zimenkova, Tatjana (Hrsg.): Education for Civic and Political Participation. A Critical Approach. London, S. 13-35
- Salomon, David / Studt, Marcel (2014): Mitbestimmung oder „Mitmach-Falle“? Möglichkeiten und Grenzen partizipatorischer Demokratiebildung, in: Eis, Andreas / Salomon, David (Hrsg.): Gesellschaftliche Umbrüche gestalten. Transformationen in der Politischen Bildung. Schwalbach / Ts., S. 174-180
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 1/2010, S. 131-156
- Scholz, Leander (2018): Riskante Vielfalt. Ohne eine Politik der Gleichheit geht die SPD unter – und die Demokratie, in: Süddeutsche Zeitung v. 31.10.2018, S. 11
- Schröder, Martin (2014): Varianten des Kapitalismus. Die Unterschiede liberaler und koordinierter Marktwirtschaften. Wiesbaden
- Schwedes, Oliver / Sternkopf, Benjamin / Nowack, Felix (2015): Lobbying im Verkehr. Ein vernachlässigtes Praxisfeld, in: Umweltpsychologie 1/2015, S. 146-168
- Sommer, Carsten (2015): Was kosten Radverkehr, Fußverkehr, öffentlicher Personennahverkehr und Kfz-Verkehr eine Kommune? Entwicklung und Anwendung einer Methode für den Vergleich von Aufwendungen und Erträgen verschiedener Verkehrsmittel anhand von kommunalen Haushalten. Endbericht. Kassel
- Steuerwald, Christian (2018): Soziale Mobilität, in: Huster, Ernst-Ulrich / Boeckh, Jürgen / Mogge-Grotjahn, Hildgard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden, S. 203-222
- Stiglitz, Joseph E. (2013): The Price of Inequality. New York, London
- Tophoven, Silke / Lietzmann, Torsten / Reiter, Sabrina / Wenzig, Claudia / Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut. Gütersloh
- Vaut, Simon (2012): Wirtschaft und Demokratie in Zeiten der Krise, in: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 237-256
- Weinstein, Michael M. (2009): Paul A. Samuelson, Economist, Dies at 94, in: New York Times v. 14.12.2009
- Zimenkova, Tatjana (2013): Active Citizenship as Harmonious Co-Existence? About the Political in Participatory Education, in: Hedtke, Reinhold / Zimenkova, Tatjana (Hrsg.): Education for Civic and Political Participation. A Critical Approach. London, S. 36-53
- Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungs-kapitalismus. Campus: Frankfurt a.M., New York